

„Migranten werden ohne Scheu beschimpft“

Die Antirassismus-Hotline **Helping Hands** verzeichnet mehr Diskriminierung bei Behörden und zwischen Jugendlichen

BERICHT:
DONJA NOORMOFIDI

Herr B. wollte seine Schwester von der Schule abholen, als ihn ein Polizist aufhielt und seinen Reisepass verlangte. Weil die Schule nur einige Minuten entfernt lag, hatte der gebürtige Tschetschene den Reisepass nicht dabei. Der Beamte verhängte eine Organstrafe. „Bringen Sie das Geld innerhalb von zwei Stunden ins Polizeiwachzimmer, oder Sie werden abgeschoben“, habe der Polizist gedroht. Das gab Herr B. später bei **Helping Hands** zu Protokoll, wo sich Opfer von Rassismus und Diskriminierung melden können. Herr B. brachte zwar das Geld ins Wachzimmer, fühlte sich aber ungerecht behandelt.

Daniela Grabovac, Leiterin von **Helping Hands** Graz, gibt Herrn B. recht: „Die Drohung des Polizisten war rechtlich nicht gedeckt. Ebenso wenig die Geldstrafe, Herr B. hätte seinen Reisepass einfach nachbringen können.“

Grabovac hat soeben den Jahresbericht 2008 fertiggestellt und wieder verzeichnet die Antirassismus-Meldestelle einen Zuwachs an Fällen. Für das Jahr 2000 scheinen in der Statistik 161 Fälle von Diskriminierung und Rassismus auf, 2008 waren es mit 396 mehr als doppelt so viele. Besonders betroffen waren einmal mehr Menschen mit dunkler Hautfarbe und muslimische Frauen mit Kopftuch. In einem Viertel der Fälle waren Behörden, insbesondere die Exekutive, verwickelt, heißt es im Jahresbericht. Grabovac bemerkt hier eine starke Steigerung: „Es geht um diskriminierenden Sprachgebrauch oder Ausweiskontrollen aufgrund der Hautfarbe oder Ethnie.“

Frau S., eine Deutsch-Türkin, fuhr einige Meter mit ihrem Fahrrad auf dem Gehsteig, als sich ihr ein Mann in den Weg stellte und schimpfte: „Das ist kein Radweg – Scheiß-Ausländer.“ Frau S. rief ihren Freund zu Hilfe, doch als die Situation eskalierte und der Mann ihren Freund am Kragen packte, alarmierte sie die Polizei. Die Beamten waren an der rassistischen Beschimpfung allerdings wenig interessiert, stattdessen musste Frau S. 26,70 Euro Strafe zahlen, weil sie mit dem Rad auf dem Gehsteig gefahren war.

Fälle wie jener von Frau S. seien keine Seltenheit, erklärt Daniela Grabovac. Beschimpfungen auf der Straße oder im Bus würden ohne Scheu und Unrechtsbewusstsein geäußert. „Wenn das Opfer dagegen vorgehen will, wird ihm von der Polizei oft die Anzeige verwehrt.“

Der eklatanteste Fall von Behördenversagen war jener des Franzosen

Issa Fatty, der zu Unrecht eineinhalb Jahre in U-Haft gesessen war (*Falter* 26/08). Man hatte ihn mit einem Drogendealer verwechselt und aufgezeichnete Telefongespräche schlicht keiner korrekten Stimmanalyse unterzogen. Als dies mit erheblicher Verspätung nachgeholt wurde, stellte sich Fattys Unschuld heraus. „Herr Fatty wartet bis heute auf eine Entschädigung durch die Republik“, kritisiert Grabovac.

Um Rassismus vorzubeugen veranstaltete **Helping Hands** gemeinsam mit Joachim Hainzl vom Verein **Xenos Workshops** an Schulen, finanziert wurden sie vom Bezirksrat Jakomini. Dabei zeigten sich große Unterschiede: In der Handelsakademie Grazbachgasse etwa fiel Hainzls Argumentation auf fruchtbaren Boden. Auf die Aufregerfrage „Soll es im Bezirk eine Moschee geben?“ antworteten schließlich alle mit „Ja“.

An einer anderen Schule blieb Hainzl ob der massiv rassistischen Äußerungen am Ende nichts übrig, als den Schülern eine Standpauke zu halten, hatten sie doch beispielsweise gemeint, Muslime sollten wegen



Diese Schüler sind für den Moscheebau

ihres Glaubens generell nicht in Österreich leben. Grabovac stellt fest, dass sich an den Schulen die Fronten zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund verhärtet hätten: „Für viele Jugendliche scheinen feindliche Einstellungen gegenüber Menschen mit einer anderen Hautfarbe, Muttersprache oder Religion sogar cool zu sein.“ Laut Hainzl liegen die Jugendlichen damit im **Mainstream**, seien also nicht radikaler als Erwachsene: „Die jungen Leute sind stärker mit kultureller Vielfalt konfrontiert.“

In Situationen wie jenen an der Schule im Bezirk Jakomini stößt Grabovac auf Grenzen in ihrer Antirassismus-Arbeit. Auf institutioneller Ebene fordert sie Gleichbehandlungsanwältinnen für alle Bundesländer. Derzeit gebe es nur eine Person in Wien, die für alle Diskriminierungsfälle zuständig sei: „Der Staat hat die Pflicht, für Rechtssicherheit zu sorgen.“